



Josef Schmid
2. Bürgermeister
Leiter des Referats für
Arbeit und Wirtschaft

Frau Stadträtin Brigitte Wolf
Herr Stadtrat Cetin Oraner
Stadtratsgruppe DIE LINKE
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Datum
10.01.2017

Wie lässt sich die vereinbarte Kooperation mit der kurdischen Stadt Mardin angesichts von vielfachen Verhaftungen und Verfolgungen solidarisch ausfüllen?

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO
Anfrage Nr. 14-20 / F 00763 von DIE LINKE vom 29.11.2016, eingegangen am 29.11.2016

Az.: D-HA II/V1 0033-14-0015

Sehr geehrte Frau Stadträtin Wolf, sehr geehrter Herr Stadtrat Oraner,

in Ihrer Anfrage vom 29.11.2016 führten Sie als Begründung aus:

Im Oktober 2016 startete die Landeshauptstadt München im Rahmen einer vom Bundesentwicklungsministerium ins Leben gerufene „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“ eine Kooperation mit Mardin. Gerade als das Projekt mit der Oberbürgermeisterin von Mardin in München aus der Taufe gehoben wurde, verhängte Erdogan den Ausnahmezustand. Mardin wurde unter Zwangsverwaltung gestellt, die Oberbürgermeisterin abgesetzt, ihr kurdischer Amtskollege Ahmet Türk nicht nur abgesetzt, sondern verhaftet und inhaftiert! An diesen Sachverhalt anknüpfend werden Fragen nach den Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen in der Türkei auf das Kooperationsvorhaben mit Mardin gestellt.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Ist die Kooperation mit der Stadt Mardin bereits über das Stadium einer Absichtserklärung hinausgekommen, wenn ja worin bestehen die ersten Schritte?

Antwort:

Bisher gibt es keine schriftlichen Vereinbarungen über die Kooperation. Im Oktober 2016 besuchte eine Delegation aus Mardin die Landeshauptstadt, um, gemeinsam mit den Fachreferaten, die inhaltliche Schwerpunktsetzung abzustimmen. Für die kommenden Monate war eine Analyse geplant, um die Potentiale und den Bedarf der Region zu ermitteln.

Frage 2:

Gibt es Hinweise, dass aufgrund der Zwangsverwaltung eine zweckentsprechende Verwendung der genehmigten Projektfördergelder nicht mehr gewährleistet ist?

Antwort:

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es noch keine beantragten oder genehmigten Projektfördergelder. Vorgesehen war, bei einem neuen Bundesprogramm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Projektmittel zu beantragen. Derzeit haben wir in Mardin jedoch keine Ansprechpartner mehr. In Abstimmung mit dem BMZ wird nun zunächst die weitere Entwicklung im Land beobachtet.

Frage 3:

Wie kann die Landeshauptstadt sich im Rahmen dieser Kooperation für eine rechtsstaatliche Behandlung der abgesetzten bzw. verhafteten Bürgermeister einsetzen?

Antwort:

Ich habe bereits einen Brief an den türkischen Generalkonsul Münchens verfasst, indem ich meine große Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen in der Türkei, insbesondere in der Großstadtgemeinde Mardin, zum Ausdruck bringe. Darin bitte ich den Generalkonsul darum, sich für die Freilassung des inhaftierten Oberbürgermeisters und für die Wiedereinsetzung der Mandatsträger der Großstadtgemeinde einzusetzen. Auch an die bayerischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und den Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) des Europarats wird ein entsprechendes Schreiben ergehen.

Frage 4:

Kann die Kooperation mit Mardin durch eine Patenschaft mit beiden Verhafteten mit Inhalt und Engagement gefüllt werden und so dazu beitragen, dass die zwangsverwaltete Stadt Mardin wieder zu kommunaler Selbstverwaltung zurückkehren kann?

Antwort:

Auf Bundesebene existiert bereits eine Initiative von 60 Bundestagsabgeordneten, die Patenschaften für türkische Parlamentarier, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten übernommen haben. Wir prüfen derzeit die Möglichkeit, dies auch auf der kommunalen Ebene aufzugreifen und ggfs. eine Patenschaft für den Oberbürgermeister und die Co-Oberbürgermeisterin zu übernehmen. Eine solche Patenschaft beinhaltet beispielsweise die Kontaktaufnahme mit den Betroffenen, die Bitte an deutsche Bundesminister den Fall bei einer Reise anzusprechen oder eine Einladung in die Landeshauptstadt, um der Situation in Deutschland eine entsprechende Plattform zu bieten.

Frage 5:

Hat Oberbürgermeister Reiter bereits das Gespräch mit dem türkischen Generalkonsul gesucht, um den Protest gegen die Behandlung von Kooperationspartnern der Landeshauptstadt zum Ausdruck zu bringen? Falls nicht, warum nicht?

Antwort:

Siehe Beantwortung Frage 3.

Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantworten konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Schmid